

## Geschlecht als Natur und das Ende der Gleichheit. Rechte Angriffe auf Gender als Element autoritärer politischer Konzepte

STEFANIE MAYER. EDMA AJANOVIC. BIRGIT SAUER

Gleichstellungspolitische Errungenschaften feministischer Bewegungen und die Liberalisierung von Sexualpolitiken als Folge der Kämpfe von LGBTIQ-Aktivist\_innen gehören – ebenso wie die Institutionalisierung der akademischen feministischen Forschung bzw. der Gender Studies – zu den zentralen Erfolgen, die soziale Bewegungen in Europa seit den 1970er-Jahren erkämpfen konnten. Dies sind allerdings nicht ‚nur‘ Erfolge *für* Frauen oder *für* Lesben, Schwule und Transgender-Personen, sondern wesentliche Schritte zur Demokratisierung europäischer Gesellschaften: Die damit erst möglich und lebbar gewordenen pluralen Lebensformen, die – wenn auch stets prekäre – Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe und nicht zuletzt die kritische Wissensproduktion, die sich gegen bestehende Diskriminierung richtet und für mehr soziale Gleichheit einsetzt, lassen sich auch als Arbeit an einer umfassenderen Demokratisierung verstehen, als dies liberale Demokratien anvisieren. Emanzipatorische Bewegungen geben sich nicht mit der formalen politischen Gleichheit von Staatsbürger\_innen zufrieden, sondern verstehen Demokratie als gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe *aller* und Demokratisierung in diesem Sinn als andauernden, umkämpften und unabschließbaren Prozess (Sauer/Wöhl 2012, 346; Demirovic 2013).

Aktuell scheint allerdings europaweit das gleichstellungspolitisch Erreichte – sei es die (relative) Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, der Anspruch von Frauen auf autonome Lebensentscheidungen, die Möglichkeit der Integration von Geschlecht und Sexualität in wissenschaftliche Paradigmen oder die Inklusion von Frauen in patriarchale Sprachmuster – in Frage gestellt (Hark/Villa 2015; Kuhar/Paternotte 2017). Ein aggressiver Gegendiskurs, der sich selbst als ‚anti-genderistisch‘ bezeichnet,<sup>1</sup> arbeitet an der (Re-)Traditionalisierung und (Re-)Naturalisierung von Geschlechterverhältnissen, strebt die klassische Kleinfamilie an und setzt Heterosexualität als einzig *natürliche* – und damit einzig ‚normale‘ und ‚akzeptable‘ – Lebensweise absolut. Diese Ablehnung emanzipatorischer Errungenschaften wird vom selbsternannten ‚Anti-Genderismus‘ zu einem Teil des Kampfes gegen den (vermeintlichen) Liberalismus und Kosmopolitismus der Eliten und gegen die neoliberale Hegemonie in der Arbeitswelt oder in der sozialen Sicherung umgedeutet. Dies erfolgt ungeachtet der Tatsache, dass gerade feministische und queere Bewegungen zu den schärfsten Kritiker\_innen neoliberaler Projekte zählen, auch und gerade weil einzelne gleichstellungspolitische Forderungen in diesem Kontext umgesetzt, angeeignet und entpolitisiert wurden (McRobbie 2010; Fraser 2013). Die Attraktivität von Anti-Gender-Diskursen rührt daher nicht zuletzt aus ihrer entlastenden Funk-

tion bei der Bearbeitung der aktuellen multiplen Krisen und der Erfahrungen umfassender Prekarisierung (Wimbauer/Motakef/Teschlade 2015; Grzebalska 2016): Sie deuten die Verunsicherung durch neoliberale Prekarisierungsprozesse als durch den Umbau patriarchaler Geschlechterordnungen verursacht und beschwören z.B. den Verlust von Männlichkeit. Kurzum: Im Kampf gegen Geschlechtergleichstellung und gegen die Anerkennung sexueller Differenz wird ein Kampf um kulturelle Hegemonie sichtbar, der sich gegen die sozialen Errungenschaften und gegen demokratische Kompromisse der 1970er-Jahre wendet.

In unserem Beitrag möchten wir am Beispiel Österreichs zeigen, dass sich der Hass auf Gleichberechtigung, der Wunsch nach Reetablierung traditioneller hierarchischer Geschlechterverhältnisse und der Wille zur Diffamierung und Diskriminierung jeder Form von Sexualität jenseits heterosexueller Vorstellungen in breitere rechtspopulistische und rechtsextreme Strategien der Naturalisierung sozialer Ungleichheit einfügen und somit über das Potenzial verfügen, diese zu plausibilisieren und zu popularisieren. Österreich scheint uns für eine Analyse der rechtsextremen Krisenbearbeitung deshalb interessant, weil das Land zum einen auf eine lange rechtsextreme Tradition mit einer Partei zurückblicken kann, die eine starke Kraft in der parlamentarischen Demokratie ist – seit Dezember 2017 ist die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wieder Regierungspartei – und zum anderen, weil die Institutionen der Konsensdemokratie seit den 1970er-Jahren durchaus Gleichstellungsfortschritte durchsetzen konnten.

Nach einem kurzen Überblick über das Material, das unserer Analyse zugrunde liegt, und die Methode der Critical Frame Analysis (CFA) der Dokumente zeichnen wir einige zentrale argumentative Strategien des ‚Anti-Genderismus‘ in Österreich nach, bevor wir im Fazit auf die Frage der Demokratie und des Kampfes um kulturelle Hegemonie zurückkommen.

## Material, Analyse und Interpretation

Den Hintergrund unserer Analysen von Anti-Gender-Diskursen bilden eine Reihe von Projekten, in denen wir in den letzten Jahren rechtsextreme und rechtspopulistische Diskurse in Österreich analysiert haben (Mayer/Ajanovic/Sauer 2014; Mayer/Sori/Sauer 2015). Der vorliegende Beitrag stützt sich auf die Analyse von 13 Texten zur sogenannten ‚Gender-Ideologie‘, die zwischen 2011 und 2015 publiziert wurden. Die ausgewählten Texte bilden sowohl die thematische Breite wie auch die unterschiedlichen Akteur\_innen des ‚Anti-Genderismus‘ in Österreich ab. Neben rechtsextremen und rechtspopulistischen zählen in Österreich rechts-konservative und rechts-katholische Gruppen – in und außerhalb der Amtskirche – sowie die sogenannte Männerrechtsbewegung und Gruppen ‚besorgter Eltern‘, die v.a. gegen Sexualkunde, aber auch gegen geschlechtergerechte Sprache an Schulen mobil machten, zu den zentralen Anti-Gender Akteur\_innen.<sup>2</sup>

Die CFA (van der Haar/Verloo 2016) erlaubt es, zentrale Bedeutungsproduktionen in den Texten herauszuarbeiten. Wir identifizierten zunächst die im Text konstruierte(n)